

Offener Brief

Die Priorisierung bei der COVID-19 Impfung erregt manche Gemüter. Seit Wochen erreichen mich persönlich, wie viele andere Menschen, die tatsächlich oder vermeintlich in die Priorisierung eingebunden sind, die Forderung nach Einordnung in eine „höhere Priorisierungsstufe“ der STIKO. Dies entweder als Individuum oder als Interessensvertreter einer Gruppe. Die Forderungen werden manchmal sachlich, manchmal argumentativ anspruchsvoll, manchmal emotional und nicht selten auch „sehr fordernd“ vorgetragen.

Allen diesen Forderungen ist gemeinsam, dass sie praktisch immer den Anspruch einzelner Menschen oder einzelner Gruppen fest im Auge haben, aber nie gleichzeitig den berechtigten Anspruch anderer besonders gefährdeter Menschen oder Gruppen. Einfach gesagt, wird Solidarität gefordert, die dazu führt, dass man als Einzelner oder Gruppe etwas bekommt. Die zweite wichtige Seite der Solidarität bleibt dabei unberücksichtigt, nämlich dass man auf etwas verzichtet, zugunsten anderer. Da jedem klar sein dürfte, dass eine bloße zahlenmäßige Vergrößerung der oberen Priorisierungsstufen bei eingeschränkter Impfstoffverfügbarkeit sachlich unsinnig ist, müsste eigentlich eine Forderung nach höherer Eingruppierung mit der Aussage verbunden werden, welche Gruppe stattdessen „heruntergestuft“ werden soll.

Genau in der Bewertung, Abwägung und Reihung der Ansprüche einzelner Menschen oder Gruppen zuerst geimpft zu werden, liegt die schwierige Aufgabe der STIKO und anderer Verantwortlicher. Die Priorisierung unterscheidet nicht nach dem einfachen Kriterium berechtigt oder nicht berechtigt. Man kann vermuten, dass etwa die Hälfte unserer Bevölkerung einen Grund für eine priorisierte Impfung anführen kann. Es geht darum, eine Reihung für die Menschen, entsprechend ihren quantitativen Risiken für schwere Erkrankung und nachgeordnet für Infektion, zu erarbeiten. Eine solche Reihung (Priorisierung) muss den ethischen Anspruch des Schutzes der Schwächsten erfüllen, dabei größtmögliche Schadensvermeidung für den Einzelnen und die Gemeinschaft sichern, sowie eine möglichst solidarische und gerechte Verteilung zum Nutzen aller berücksichtigen. Beides war und ist die Grundlage der Arbeit der STIKO, entsprechend des im gemeinsamen Positionspapier von STIKO, Deutschem Ethikrat und Leopoldina dargestellten rechtsethischen Rahmen.

Bei ihrer Arbeit zur Priorisierungsempfehlung hat und muss sich die STIKO im genannten Rahmen an die beste verfügbare Datengrundlage halten. Da alle Menschen grundsätzlich gleich zu werten sind, kann „Wertschätzung“ oder können „Verdienste“ einzelner Gruppen ebenso wenig ein Kriterium der STIKO sein, wie „gefühlte“ Wahrheiten über Auswirkungen von Impfungen, die nicht durch wissenschaftliche Ergebnisse belegbar sind. Die STIKO wäre sehr schlecht beraten, gäbe sie diese Arbeitsweise auf. Sie muss die Kritik bewerten, bei Verfügbarkeit neuer Erkenntnisse ihre Empfehlung anpassen und die Kritik auch aushalten, bis hoffentlich bald Impfstoff in so ausreichender Menge zur Verfügung steht, dass Priorisierung nicht mehr stattfinden muss.

Übrigens wurde auch von keinem Experten vor der ersten Zulassung erwartet, dass alle entwickelten Impfstoffe hinsichtlich ihrer Charakteristika völlig gleich sein würden. Dennoch sind sie für den Individualschutz und die Bekämpfung der Pandemie entscheidend wichtig.

16. Februar 2021

Thomas Mertens